

Chancenungleichheit schafft Desintegration Neue PISA-Studie zeigt Defizite des Schulsystems

Während in Frankreich die Gewalt über mehrere Wochen Nacht für Nacht die Polizei in Atem hielt, wurden in Deutschland die Ergebnisse der neuesten PISA-Studie veröffentlicht. Erschütterndes Ergebnis: Die soziale Herkunft bestimmt noch stärker als vor vier Jahren über den Schulerfolg von Kindern. Besonders betroffen Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Vor dem Hintergrund der Ereignisse in Frankreich, verlangten Experten und Politiker

verstärkte Bemühungen um schulische, berufliche und gesellschaftliche Integration von Migranten. Tayfun Keltek, LAGA-Vorsitzender und selber Lehrer, begrüßt die Initiativen, kritisiert aber zugleich den „saisonalen Charakter der Forderungen“.

Wenn die spektakulären Ereignisse erst einmal abebbten, so seine Befürchtung, gerate auch das Interesse an der Integration wieder in den Hintergrund.

weitere Berichte S. 2 und 3

Qualifizierung ist gefragt Seminarreihe „Integration durch Partizipation“ gestartet

Zusammen mit der Landeszentrale für politische Bildung, dem Landeszentrum für Zuwanderung und dem Landesverband der Volkshochschulen hat die LAGA NRW im Oktober die lange geplante Qualifizierungsreihe für Mitglieder von Migrantenvertretungen gestartet. In Anwesenheit von weit mehr als 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern betonte Integrationsminister Armin Laschet dabei die Bedeutung der politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten für eine gelungene Integration. Der Sozialwissenschaftler Klaus-Peter Strohmeier aus Bochum bestätigte in seinem Vortrag die Auffassung des Ministers. Zugleich machte er auf die Herausforderungen der demografischen Entwicklung in den Städten aufmerksam, die nur durch Beteiligung bewältigt werden könnten.

So angespornt haben sich die Teilnehmer gleich bei der ersten Wochenendveranstal-

tung im Oktober 2005 im Bonner Gustav-Stresemann-Institut darauf verständigt, sich in den nächsten Monaten mit den Themenbereichen „Stadtentwicklung“, „Förderung des Schulerfolgs“ und „Öffentlichkeitsarbeit“ zu befassen und konkrete Anregungen zu erarbeiten, die dann in die Arbeit der Migrantenvertretungen einfließen sollen.

Die vielen Anmeldungen haben die Veranstalter bewogen, die Teilnehmerzahl auf jeweils vier Vertreter aus ausgewählten Städten (darunter: Bielefeld, Lünen und Mönchengladbach) zu beschränken. Aus jeder Stadt nehmen jeweils ein Ratsmitglied, zwei gewählte Migrantenvertreter und ein Vertreter der Verwaltung teil.

Um dem hohen Bedarf an dieser Form der Qualifizierung gerecht zu werden, bemühen sich die Veranstalter für 2006 um eine Neuauflage des Projekts.

AUS DEM INHALT:

Ergebnisse der
Pisa-Studie

Editorial

Laschet besucht
Hauptausschuss

Neue Flüchtlings-
politik

Neuerscheinungen

Impressum

Integrationsminister zu Gast bei LAGA NRW

Im November 2005 nahm Armin Laschet, Integrationsminister der neuen Landesregierung, erstmals am Hauptausschuss der LAGA teil. Begrüßt wurde er vom LAGA-Vorsitzenden Tayfun Keltek, der sich erfreut über das Interesse des Ministers äußerte. In seiner Rede an die Delegierten lobte Laschet seinerseits die Arbeit der LAGA und sagte einen kontinuierlichen Dialog zu.

mehr S. 4



Foto:
Integrationsminister
Armin Laschet

Dezember 2005

Chancengleichheit schaffen! Schulsystem braucht tiefgreifende Reformen

Während in den Pariser Vorstädten Nacht für Nacht zahllose randalierende Jugendliche ihrer Hoffnungslosigkeit durch Abbrennen von Autos Ausdruck geben, erscheint in Deutschland die neueste Fortsetzung der PISA-Studie. Erschreckendes Ergebnis: In Deutschland haben Schüler und Schülerinnen aus sozial schwachen Familien kaum Chancen auf einen höheren Schulabschluss. Schlimmer noch: Die Schere geht auseinander – die Chancengleichheit nimmt im Vergleich zu den Ergebnissen von 2001 weiter ab. Es drohen Ausgrenzung aus dem Bildungssystem und damit einhergehende Arbeits- und Perspektivlosigkeit.

Besonders betroffen sind Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Hier verstärken die oft schlechten Sprachkenntnisse der jungen Menschen und die Unwissenheit der Eltern über das deutsche Bildungssystem die ohnehin vorhandenen schlechten Chancen. Erneut bestätigt sich die Auffassung der

LAGA NRW, die schon 2002 in „Pisa macht alle wach!“ so zusammengefasst wurde:

„Die im Dezember 2001 veröffentlichte Pisa-Studie hat es mit aller Deutlichkeit gezeigt: Die Schulerfolge der Migranten geben zu großer Sorge Anlass. 20% der getesteten Schüler und Schülerinnen haben elementare Probleme beim Lesen, in keinem anderen Land war der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg so deutlich, wie in Deutschland. Die Schule verlängert die vorhandene Chancengleichheit in die nächste Generation. Von diesem Befund sind die Migranten in besonderer Weise betroffen. All das kann sich ein hoch entwickeltes Land wie die Bundesrepublik Deutschland auf Dauer nicht leisten.“

Diese völlig inakzeptablen Ergebnisse zeigen sich nun in verschärfter Form. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Die sozial gut gestellten Eltern, die meist selber einen hohen Bildungsstandard ha-



ben, nutzten aktiv die vielen Tipps und Hinweise für die Bildung ihrer Kinder. Sie wussten die neuen punktuellen Maßnahmen wie Ganztagschule, Englisch ab Klasse 3, verstärkte Bemühungen in der musischen und künstlerischen Bildung für ihre Kinder zu nutzen.

Liebe Freundinnen und Freunde,

ist es Ihnen auch aufgefallen? Während der Unruhewochen in Frankreich wurde auch in Deutschland intensiv über die Integration von Migrantinnen und Migranten debattiert. Die Bedingungen wie auch die Anforderungen an moderne Integrationspolitik standen ganz hoch im politischen und medialen Kurs. Doch ganz wie an der Börse stürzte der Kurs ab, als sich der Aufruhr der jungen Migranten in Frankreich wieder gelegt hatte.

Natürlich will ich keiner hektischen Politik das Wort reden. Aber wir, die wir in den Städten und Gemeinden für aktive Integrationspolitik arbeiten, müssen genau darauf achten, dass dieser Politikbereich nicht wieder einmal in Vergessenheit gerät.

Schließlich gibt es eine Menge zu tun: Die neuesten PISA-Ergebnisse zeigen wieder einmal die Defizite des deutschen Bildungssystems auf. Kinder aus bildungsfernen Schichten haben kaum eine Chance, einen höheren Abschluss zu erlangen – obwohl sie nicht weniger intelligent sind als ihre Kameraden aus wohl situierten Familien. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Denn angesichts der demografischen Herausforderungen und des prognostizierten Fachkräftemangels in den nächsten Jahrzehnten, können wir es uns nicht leisten, auch nur ein Kind zurückzulassen.



Die notwendigen Schritte, die zu tun wären, liegen schon seit Jahren auf dem Tisch. Für Kinder mit Migrationshintergrund ist eine systematische Alphabetisierung in Deutsch und der Muttersprache die Basis für ihren Schulerfolg. Das wird von wissenschaftlichen Untersuchungen immer wieder bestätigt. Jetzt muss es auch flächendeckend umgesetzt werden.

Ein Aspekt der in vielen Artikeln der vergangenen Wochen so gut wie überhaupt nicht vorkam – die politische Beteiligung der Migranten – ist nicht weniger wichtig. Umso erfreulicher, dass die neue Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag die Überarbeitung der Staatsbürgerschaft unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit vorsieht. Auch ein neuer Anlauf für das kommunale Wahlrecht für Migranten wird von der LAGA NRW unterstützt.

Jetzt kommt es darauf an, dass die Vorhaben der Großen Koalition auch umgesetzt werden. Die LAGA NRW wird auch die Arbeit der neuen Regierung konstruktiv begleiten.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ruhige und besinnliche Festtage und ein frohes Neues Jahr 2006.

Ihr

Tayfun Keltek

Tayfun Keltek
(Vorsitzender LAGA NRW)

Gleichzeitig hat es in keinem Bundesland grundlegende Reformen in der Schulpolitik gegeben. Die Erfahrungen aus den erfolgreichen PISA-Bildungssystemen finden kaum Anwendung in Deutschland. Weiterhin werden die Schüler nach der vierten Klasse auf verschiedene Schultypen verteilt. Eine individuelle Förderung der Stärken der Schüler findet genauso wenig systematisch statt, wie es zu einem effektiven Angleich bei Schwächen kommt.

Zwar wurden viele einzelne Maßnahmen ergriffen, die für sich genommen auch positive Auswirkungen haben können, wie die Schaffung von offenen Ganztagschulen oder die flexible Schuleingangsphase in Nordrhein-Westfalen. Doch um die enormen bildungspolitischen Herausforderungen zu bewältigen muss mehr passieren. Die LAGA NRW fordert daher:

- Die Migranten sind ein integraler Bestandteil der heutigen Schule. Wir brauchen deshalb eine Didaktik und Methodik des Lehrens und Lernens in heterogenen Klassen, also Klassen, in denen Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Muttersprachen, Deutschkenntnissen, Religionen, Herkunftskulturen, Lerntempos oder Interessen sitzen. Die Einrichtung von externen Fördergruppen macht auf die Dauer wenig Sinn.
- Wir brauchen darüber hinaus unbedingt eine flächendeckende Lehrerfortbildung zum sprachlichen Lernen im deutschen Fachunterricht. Ein Studium von Deutsch als Zweitsprache muss integraler Bestandteil der Lehrerbildung werden.
- Beim Blick auf die Migranten brauchen wir einen Perspektivwechsel: Statt immer nur ihre Defizite aufzulisten, müssen auch ihre besonderen Fähigkeiten berücksichtigt werden. Dies gilt insbesondere für ihre Mehrsprachigkeit und ihre vielfältigen Lebenserfahrungen, die in eine spannende interkulturelle und interreligiöse Debatte an den Schulen eingebracht werden können.
- Dringend nötig ist ein Konzept für die Erteilung des Muttersprachenunterrichts, der an den Regelunterricht angebunden werden muss,
- Innovationen laufen dann ins Leere, wenn sie nicht begleitet werden durch systematische Umsetzungsstrukturen auf Landes- und kommunaler Ebene. Die Probleme lösen sich nicht im Selbstlauf, Lösungsvorhaben müssen planvoll gestaltet werden. Deshalb müssen auf kommunaler Ebene regionale Bildungsbüros entstehen, die mit entsprechen-

dem Personal ausgestattet sind und die Schulen bei der Umsetzung begleiten.

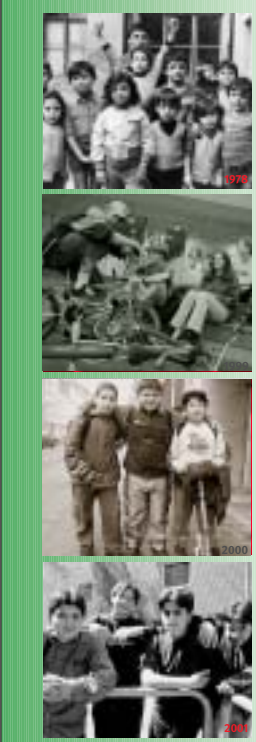
Nährboden für Gewalt? Segregation in Deutschland

Die schlechten Bildungsperspektiven für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind Grund zu großer Sorge. Verstärkt wird das durch die Lebensumstände, in denen viele dieser Kinder und Jugendlichen aufwachsen. Zwar gibt es in Deutschland keine solchen Ghettos wie in den Vorstädten der Metropolen Paris oder Lyon, aber Segregationstendenzen sind schon zu beobachten. Köln-Chorweiler oder Dortmund-Nordstadt werden bereits als Synonym für eine Ghettoisierung der Migranten in Deutschland genannt. Hier leben zu einem großen Teil Migrantinnen und Migranten, oft mit geringem Einkommen, von Arbeitslosigkeit in besonderem Maße betroffen. Eine prekäre soziale Situation wird durch die schlechten Bildungsperspektiven noch verschärft. Das kann durchaus ein Nährboden für Unruhen und Gewalt sein.

Dennoch sehen Sozialwissenschaftler wie der Bielefelder Professor Wilhelm Heitmeyer Deutschland weit entfernt von Szenarien, wie sie in Frankreich erlebt wurden. „Bei allen Defiziten“, so der Soziologe in der Wochenzeitung „Die Zeit“, „steht Deutschland integrationspolitisch im Vergleich mit Frankreich, Großbritannien oder den Niederlanden zurzeit gar nicht so schlecht da.“

Grund für diese Bestandsaufnahme ist wahrscheinlich auch die vergleichsweise intensive Sozialarbeit, die es in Stadtteilen wie Dortmund-Nordstadt gibt. Von Sozialarbeitern betreute Treffs und organisierte Aktivitäten im musikalischen oder Sportbereich helfen den jungen Menschen bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit. Doch auch Liridon, 14 Jahre, Sohn von albanischen Bürgerkriegsflüchtlingen, weiß seine Perspektiven re-

alistisch einzuschätzen. Er rappt mit anderen Jugendlichen in einer Band, die vom Verein „Rund um Hannibal und Heroldstraße“ initiiert wurde. In einem Interview mit der „taz“ sagte Liridon über seine Zukunftswünsche: „Irgend einen Beruf haben. Was, ist eigentlich



PISA MACHT ALLE WACH!

Die Schulerfolge
von Migranten
verbessern!

Bildungspolitische
Positionen der LAGA NRW
Dezember 2001



*Broschüre der LAGA, die sich schon 2002
mit dem Thema befasste*

egal, nur rumhängen ist auf jeden Fall zu langweilig.“

Doch um das zu schaffen, braucht auch dieser Jugendliche Unterstützung. Liridon erhält Hilfe in seinem Verein. Aber, Heitmeyer warnt: „Auf keinen Fall kann man einen Abbau an sozialer Sicherheit und den Verlust von Lebenschancen durch den Aufbau von mehr öffentlicher Sicherheit kompensieren.“ Und: „Betreuung hilft dauerhaft so wenig wie Kontrolle. Entscheidend sind Zugänge zum Arbeitsmarkt, politische Resonanz und stabile soziale Unterstützung.“

Chancengleichheit in Schule und Beruf sind also Schlüsselaufgaben für eine gelingende Integration. So wichtig gute Sozial- und Jugendarbeit sind, so nötig die Förderung von Migrantenorganisationen ist, sie stellen keine Kompensation für die Probleme in Schule und Arbeitsmarkt.

Integrationsminister diskutiert mit LAGA NRW Armin Laschet bei Hauptausschuss

„Wir brauchen keine deutsche Leitkultur, sondern eine gemeinsame.“ Armin Laschet, erster Integrationsminister in der Bundesrepublik (der komplette Name seines Ministeriums lautet: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration) fand viel Zuspruch bei den Delegierten des LAGA-Hauptausschusses, der im November 2005 in Eschweiler zusammenkam. Laschet sprach vor den Delegierten von der hohen Bedeutung, die die gute Integration von Migranten in die Gesellschaft habe. Er wies darauf hin, dass es gerade die Familien mit Migrationshintergrund, in denen es oft mehr Kinder gebe, sind, die den demografischen Entwicklungen entgegenwirkten. Doch dazu brauche man Chancengleichheit auf allen Gebieten. Vom Kindergarten bis zur Berufsausbildung und dem Zugang zum Arbeitsmarkt sei noch vieles zu tun.

Einen Schwerpunkt wolle die neue Landesregierung, so Minister Laschet, dabei bei der Förderung von Kleinkindern und Familien setzen. In ganz Nordrhein-Westfalen sollen Kindertagesstätten zu sogenannten Familienzen-

tren umgewandelt werden. Hier sollen Familien neben einer guten Elementarbildung für ihren Nachwuchs auch Beratung und Unterstützung für die Eltern erhalten.

Im „interkulturellen Dialog“ will Laschet Mindeststandards für diese Familienzentren entwickeln. So will der Integrationsminister die notwendige gemeinsame Basis für das Zusammenleben in den Städten und Gemeinden schaffen. Schließlich finde Integration in erster Linie in den Kommunen statt.

Der CDU-Politiker warnte vor der Ausgrenzung von Migranten. In der Diskriminierung und der Ausgrenzung von Menschen ausländischer Herkunft sieht Laschet die Hauptursache für die Aus-



schreitungen in Frankreich. Im Unterschied zu Frankreich sind die Muslime hier bei uns wesentlich mehr mit dieser Gesellschaft und ihren Werten versöhnt, so dass die Gefahr ähnlicher Vorfälle gering einzuschätzen ist, so der Minister. Zugleich warnte er aber auch vor der Abgrenzung von der Gesellschaft: „Es soll keine Ausgrenzung von Migranten geschehen, aber auch keine Abgrenzung.“

Zustimmung fand der Minister auch für seine Aussage, dass die gemeinsame Basis das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sei. Allerdings widersprachen die Delegierten, als Laschet das Kopftuchverbot für muslimische Lehrerinnen an öffentlichen Schulen begründete. Während Laschet auf das Neutralitätsgebot verwies, mahnte LAGA-Vorsitzender Tayfun Keltek die Gleichbehandlung aller Religionsgemeinschaften an. Außerdem: „Ein generelles Arbeitsverbot für Lehrerinnen mit Kopftuch benachteiligt einseitig Frauen und trifft gerade diejenigen, die sich durch eine qualifizierte Ausbildung um Integration bemühen.“, begründete Keltek die Auffassung der LAGA.

Für die anderen von Minister Laschet vorgestellten Vorhaben gab es aber generelle Unterstützung der Delegierten. Allerdings äußerten vereinzelte Delegierte auch Skepsis, ob der Aussichten auf Umsetzung. Man stimme dem Minister in vielem zu, aber man wolle auch Taten sehen. Tayfun Keltek versprach konstruktive Begleitung der Landespolitik durch die LAGA NRW.

Schulbezirke sollen bleiben Delegierte mahnen Landesregierung

Neben der Diskussion mit Minister Armin Laschet verabschiedete der Hauptausschuss der LAGA NRW einen Antrag zur beabsichtigten Abschaffung der Schulbezirke. Die neue Landesregierung möchte den Eltern einzuschulender Kinder ab 2008 die Schulwahl freistellen. Dann dürften Kinder auch in weiter entfernten Schulen angemeldet werden.

Die Delegierten fordern die Landesregierung auf, die Schulbezirke beizubehalten. Begründet wurde der Antrag mit der übereinstimmenden Auffassung aller Experten, an dem Prinzip der wohnortnahen Versorgung gerade für die Kleinsten unbedingt festzuhalten. Und zwar aus pädagogischen, sozialen und schulplanerischen Gründen. Mit der Abschaffung der Schulbezirksgrenzen wachse die Gefahr, dass in sozial benachteiligten Stadtteilen „Restschulen“ entstehen. Dies fördere die soziale Spaltung der Gesellschaft und widerspreche dem von der Landesregierung propagierten Ziel der Integration. Es würde ein „Zwei-Klassensystem“ geschaffen zwischen Kindern, deren Eltern sich einen Transport zu einer vermeintlich „besseren Schule“ leisten und solchen die es nicht können.

Die Landesregierung, so die LAGA-Delegierten, sei vielmehr aufgerufen dafür zu sorgen, dass alle Schulen ihren Bildungsauftrag erfolgreich erfüllen können, damit Schultourismus überflüssig werde. Dies könnte durch eine personell und sächlich bessere Ausstattung der Schulen in benachteiligten Stadtteilen geschehen. Unterstützung der Lehrkräfte durch attraktive Fortbildungsangebote würde engagierte Lehrkräfte anziehen und das Niveau heben.

Die LAGA sieht sich bei dieser Forderung einig unter anderem mit dem Städtetag NRW, dem Städte- und Gemeindebund NRW, der Gewerkschaft Erziehung Wissenschaft.

Kettenduldungen nehmen nicht ab Flüchtlingsrat fordert Lokale Härtefallkommissionen

Seit rund einem Jahr ist das neue Zuwanderungsgesetz in Kraft. Unter anderem sollte die Praxis der Kettenduldungen für Flüchtlinge beendet werden. Immerhin heißt es im Gesetzestext, dass Menschen, die seit 18 Monaten mit Duldung in Deutschland leben, einen Aufenthaltstitel erhalten sollen. Die im weiteren Verlauf des Gesetzes formulierten Bedingungen zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis sowie die teilweise sehr restriktiven bzw. widersprüchlichen Erlasse der Innenministerien erschweren die Arbeit der Ausländerbehörden allerdings. Dies betrifft z.B. die Frage des sogenannten Integrationswillens. Dazu heißt es in einem Erlass des nordrhein-westfälischen Innenministeriums aus dem Frühjahr 2005, dass es keine Rolle spiele, ob Flüchtlinge etwa durch die Belegung von Sprachkursen, Beschulung der Kinder etc. Integrationsbereitschaft zeigten.

Nicht verwunderlich also, dass die Bearbeitungsstaus in den Kommunen nicht abnehmen. Denn bis auf wenige Fälle bleibt es beim unbefriedigenden Kreislauf von Duldung, Fristablauf, neue Duldung sowie diverse Rechtsverfahren zur Erlangung einer Aufenthaltserlaubnis. Das Problem wird inzwischen auch in Berlin gesehen. Die Große Koalition aus CDU, SPD und CSU hat in ihrem Vertrag daher auch eine Überprüfung der Duldungsregelungen angekündigt. Wie es aus der Hauptstadt heißt, soll bis zum Sommer 2006 eine klarere Fassung erfolgen.

Auch die Landesregierung Nordrhein-Westfalens öffnet sich vorsichtig dem Thema. Innenminister Ingo Wolf sprach sich kürzlich für eine Bleiberechtsregelung für Geduldete aus, die mindestens sechs Jahre in Deutschland leben. Allerdings hat Wolfs Initiative einen Haken: Anspruch auf eine Aufenthaltserlaubnis soll nur haben, wer zuvor mindestens zwei Jahre sozialversicherungspflichtig gearbeitet hat. Das aber würde den Kreis der Betroffenen so sehr einengen, dass die Zahl der Kettenduldungen kaum abnähme.

Der Flüchtlingsrat NRW (FR-NRW) fordert die Kommunen auf, sogenannte Lokale Härtefallkommissionen einzusetzen. Unter Beteiligung von Vertretern aus Politik und Initiativen der Flüchtlingshilfe sollen besondere humanitäre

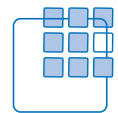
Härtefälle beraten und Möglichkeiten gesucht werden, eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Bereits heute arbeiten fünf solcher Kommissionen in den Kommunen Nordrhein-Westfalens, die sich teilweise „ausländerrechtliche Beratungskommission“ nennen. Damit wird deutlich gemacht, dass sie nur beratenden und keinen entscheidenden Charakter haben. Dennoch ist der FR-NRW mit den bisherigen Ergebnissen zufrieden: „Der verbesserten Kommunikation zwischen Ausländerbehörden und Flüchtlingsorganisationen ist es schließlich zu verdanken, dass häufig Fälle schon im Vorfeld positiv gelöst werden könnten.“, heißt es in einer Erklärung des FR. Integrations- und Ausländerbeiräte können in ihren Kommunen dazu beitragen, Kommissionen dieser Art einzurichten.

Junge unbegleitete Flüchtlinge haben besondere Probleme in Bezug auf Aufenthalt und Lebensbedingungen. Dazu hat die Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit in Zusammenarbeit mit dem Fachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (UMF) einen Forderungskatalog erstellt. Darin werden die wichtigsten Aspekte zusammengefasst, die den jungen Flüchtlingen Perspektiven ermöglichen sollen.

Integrationshilfen für Flüchtlingskinder und ihre Familien



Förderverein
Kölner
Flüchtlingsrat e.V.



Informationen unter:

www.fluechtlingsrat-nrw.de/2120/

Bestelladresse für den Forderungskatalog „Junge Flüchtlinge brauchen eine Perspektive“:
info@bag-jugendsozialarbeit.de

Aufruf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus Mitarbeiter und Verwaltungsleitung ergreifen Initiative

Eigentlich selbstverständlich und doch außergewöhnlich: In einem gemeinsamen Aufruf haben sich der Eschweiler Bürgermeister Rudi Bertram und der Vorsitzende des Personalrats Ernst Fink gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gewandt. Darin heißt es u.a.: „Die Arbeitnehmer und Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes fühlen sich gemeinsamen Grundwerten verpflichtet: Freiheit und Demokratie, Humanität und Toleranz. Dafür treten wir aktiv ein. ... Der Rechtsstaat muss verhindern, dass Menschen wegen ihrer Herkunft, ihres Glaubens oder ihrer Hautfarbe verbal und körperlich bedroht, verfolgt oder sogar Opfer von Gewalttaten werden.“

Bei dem allgemeinen Bekenntnis belassen es die Unterzeichner allerdings nicht. Ausdrücklich werden Konsequenzen für das Handeln einer Stadtverwaltung benannt: „Der öffentliche Dienst muss Vorbild sein beim Umgang mit Menschen anderer Herkunft und anderen Glaubens, mit ausländischen Kolleginnen und Kollegen sowie beim Verhalten gegenüber Allen, die öffentliche Dienste in Anspruch nehmen.“

Entsprechende Initiativen sollten nach Auffassung von Bertram und Fink unter dem Dach des „Bündnisses für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ eingebracht werden.

Das Beispiel Eschweiler sollte nach Meinung des LAGA-Vorsitzenden Tayfun Kelttek Schule machen. So formulierte Leitziele, die von der Verwaltungsspitze und den Mitarbeiter getragen werden, haben mittelfristig positive Auswirkungen auf die interkulturelle Öffnung von Verwaltungen, zeigt Kelttek sich überzeugt.

Neue Chance für mehr Teilhabe? Große Koalition benennt Integrationsschwerpunkte

Zufrieden mit den Vereinbarungen der Großen Koalition zur Integrationspolitik zeigt sich Tayfun Keltek. Der LAGA-Vorsitzende nennt drei Punkte aus dem Koalitionsvertrag, die ihn optimistisch stimmen, dass es bei der Integration von Migranten vorangehen könnte. Der Wille zur aktiven Gestaltung der Migrationspolitik lasse sich schon an der Zuordnung der neuen Beauftragten Maria Böhmer (CDU) beim Kanzleramt erkennen, meint Keltek. „Damit wird auch äußerlich sichtbar, dass die Integration von Migranten eine Querschnittsaufgabe ist und sich nicht auf Sozialpolitik reduzieren lässt.“ Er hoffe, dass die neue Beauftragte der Bundesregierung nun auch die notwendigen strukturellen und finanziellen Mittel für eine erfolgreiche Arbeit bekomme.

Inhaltlich seien die Passagen zum Staatsbürgerschaftsrecht bemerkenswert, so Keltek.

Im Vertrag heißt es wörtlich: „Wir wollen die Vorschriften über das Staatsangehörigkeitsrecht präzisieren, um eine einheitliche Verwaltungspraxis in allen Ländern sicherzustellen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf Einbürgerungen unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit und die Umsetzung des Optionsmodells.“

Die LAGA werde das konstruktiv begleiten und erwarte, dass es zu einer großzügigeren Praxis in Sachen Mehrstaatigkeit komme. Dies entspreche der Lebenswirklichkeit vieler Migranten.

Darüber hinaus komme dem Prüfauftrag zur Frage des kommunalen Wahlrechts besondere Bedeutung zu.

Menschenrechte in der Stadt – Mülheim zieht Bilanz

Im Dezember 2004 unterschrieb die Stadt Mülheim an der Ruhr die „Europäische Charta zum Schutz der Menschenrechte in der Stadt“. Etwa 350 weitere europäische Städte haben diese Charta bereits unterschrieben und damit die Absicht erklärt, Menschenrechte zur Leitlinie ihrer gesamten Kommunalpolitik zu machen. Ein Jahr nach der Unterzeichnung veranstaltete das Agenda-

Büro Mülheim einen Aktions- und Studientag zu dem Thema.

Ziel war, den Inhalt der Charta den Bürgern der Stadt näher vorzustellen und die Frage zu beantworten, was die Unterzeichnung konkret bedeutet. So haben die Teilnehmer in verschiedenen Workshops über die Realität der Menschenrechte in Mülheim debattiert. Defizite insbesondere im Bereich der Bildungschancen oder die politische Beteiligung von Migranten standen dabei im Mittelpunkt. Doch bei Kritik sollte es nicht bleiben. Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld stellte sich zum Abschluss des Aktionstages der Diskussion und sagte zu, die Möglichkeiten der Stadt für eine bessere Verwirklichung der Menschenrechte aller umzusetzen.

LAGA-Kassierer Enver Sen zeigte sich zufrieden mit der Veranstaltung. Es sei von hoher Bedeutung, dass man auch die sozialen Menschenrechte immer wieder diskutiere. Da liege noch einiges im Argen, meinte der Vorsitzende des Mülheimer Integrationsrates. Er empfiehlt anderen Städten den Beitritt zur Charta und eine regelmäßige Auseinandersetzung mit dem Thema.



WeltkinderSpiele Handbuch für Eltern und Pädagogen

Wieder einmal stellt der Verband binationaler Familien und Partnerschaften eine außergewöhnliche Idee vor. In einem Handbuch für Eltern und pädagogische Fachkräfte sind zahlreiche Ideen für Spiele und Materialien zusammengestellt, die den interkulturellen Alltag der Kinder in Tageseinrichtungen und Schulen widerspiegeln. Für die allermeisten Kinder ist es selbstverständlich, mit anderen Kindern unterschiedlichster Herkunft zu spielen und zu lernen. Doch immer noch wird diese Realität zu wenig im Spiel und Unterricht reflektiert.

Das Handbuch will helfen, das zu ändern. Unter anderem mit Tipps zur Behandlung von Mehrsprachigkeit, verschiedenen religiösen Bräuchen oder Rassismus.

Das Buch kostet 10 Euro und ist erhältlich über: Projekt Weltbilder. Verband binationaler Familien und Partnerschaften. iaf e.V. NRW, Thomas-Mann-Str. 30, 53111 Bonn, Tel.: 0228-90 90 412, Fax: 0228 – 909 04 14, E-Mail: weltkin-der@netcologne.de

Deutsch-Türkischer Dialog Körper-Stiftung bringt zwei neue Publikationen heraus

„Eisbein in Alanya“ und „gekommen und geblieben“ heißen die zwei neuen Publikationen, die im Rahmen der Reihe Deutsch-Türkischer Dialog von der Körper-Stiftung herausgegeben werden.

Im ersten Band macht der Journalist Ömer Erzeren deutlich, dass es weder einen „Normalfall Deutsch“ noch einen „Normalfall Türkisch“ gibt. In Deutschland und der Türkei beheimatet, beleuchtet Erzeren den Umgang mit Minderheiten in beiden Ländern. In „gekommen und geblieben“ erinnern sich elf türkische Migranten an die Geschichte ihrer Einwanderung nach Deutschland. Dabei erzählen sie sowohl von langwierigen Gewöhnungsprozessen wie auch von der Erfüllung so manches Lebenstraumes in der neuen Heimat.

Info: Körper-Stiftung, Deutsch-Türkischer Dialog, 21027 Hamburg
Tel.: 040-72 50-25 12
Fax: 040-72 50-39 22
E-Mail: tuerkei@stiftung.koerber.de

Projekt Migration Ausstellung in Köln

Noch bis zum 15. Januar 2006 ist in den Räumen des Kölnischen Kunstvereins die Ausstellung Projekt Migration zu besichtigen. Dokumente, Fotos und Erinnerungen aus fünfzig Jahren Arbeitsmigration nach Deutschland werden verbunden mit den jüngeren Erscheinungen der Öffnung des Eisernen Vorhangs und der Fluchtmigration aus den ärmsten Gegenden der Welt. In Zusammenarbeit mit DOMiT, das sich seit einigen Jahren um den Aufbau eines Mi-



grationsmuseums in der Bundesrepublik bemüht und der Organisation Transit Migration vermitteln die Aussteller ein Bild der Migration als Lebenssituation von Menschen. Die Sicht der Besucher soll vom Problem auf die Chancen gelenkt werden. Parallel zur Ausstellung finden diverse Informationsveranstaltungen statt. Für Gruppen und Schulklassen werden besondere Führungen angeboten.

Informationen und Kontakt:
www.projektmigration.de &
www.koelnischerkunstverein.de

Unterstützung für Italiener Zweisprachige Broschüren zu Schule und Ausbildung

Die Erkenntnisse über die mangelnden Schulerfolge von Kindern italienischer Herkunft in Deutschland sind ernüchternd.

So manchem Problem kann aber durch gezielte Information von Eltern, Lehrern und potentiellen Ausbildern begegnet werden. In gleich zwei deutsch-italienischen Broschüren informieren das italienische Ge-



neralkonsulat Köln, sowie die beim DGB Bildungswerk angesiedelte Koordinationsstelle Versus, die zur Förderung der beruflichen Bildung von Migranten geschaffen wurde, über Schulen, Unterstützerorganisationen und Berufsbilder.

Insbesondere Eltern sollen auf die Möglichkeiten zur Förderung ihrer Kinder aufmerksam gemacht werden. Dabei geht es nicht nur um das Erlernen der deutschen Sprache, sondern um die gezielte Nutzung der natürlichen Mehrsprachigkeit der Kinder und Jugendlichen. Frühzeitig gefördert ist die bilinguale Erziehung und Bildung eine gute Chance für Kinder und Jugendliche.

Info: Die Titel „Berufliche Qualifizierung, Ein deutsch-italienisches Gremium für NRW“ sowie „Eure Chance: Zweisprachig und qualifiziert“ sind erhältlich über: DGB Bildungswerk e.V., VERSUS Eigelstein 75, 50668 Köln
 Tel.: 0221-91 39 47-0
 Fax: 0221-91 39 47-14
 E-Mail: versus@dgb-bildungswerk.de

Andi gegen rechts Bildungscomic klärt auf

Andi ist der Held des bundesweit einzigartigen Projekts des Bildungscomics gegen Rechtsextremismus. Das vom nordrhein-westfälischen Innenministerium herausgegebene Comic-Heft um den Schüler Andi und seine Freunde Ayse und Ben, greift Erlebnisse von Schülerinnen und Schülern mit Rechtsextremismus und Rassismus auf. Aufklärung über menschenverachtende und verfassungsfeindliche Ideologien sowie Möglichkeiten der skritischen Auseinandersetzung damit, sollen Schülern unterhaltsame Basis für den Unterricht und das eigene gesellschaftliche Engagement geben.

Info: www.im.nrw.de

Hilfe im Notfall Mehrsprachiges Faltblatt

Immer wieder kommt es vor, dass Menschen im Notfall nicht genau wissen, was sie zu tun haben, um schlimmeres zu vermeiden. Ein in insgesamt sechs Sprachen verfasstes Faltblatt des NRW-Innenministeriums und des Landesfeuerwehr-Verbandes Nordrhein-Westfalen informiert nun über die notwendigen Maßnahmen im Falle eines Brandes.

Kurz und knapp werden auf deutsch, englisch, französisch, türkisch, italienisch und serbokroatisch die wichtigsten lebensrettenden Maßnahmen beschrieben. Ruhe bewahren ist dabei die oberste Regel, gleich danach folgt natürlich die Wahl des Notrufs 112.

Einwanderungsland NRW

Nordrhein-Westfalen ist stärker durch Einwanderung geprägt, als sich dies in der Zahl der ausländischen Bevölkerung widerspiegelt.

Wie das Landesamt für Statistik mitteilt, hatte zu Beginn 2005 fast jeder vierte Einwohner des Landes einen Migrationshintergrund. Dies entspricht 22,9 Prozent der Bevölkerung.

Im Einzelnen leben in NRW

► 1,96 Millionen Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit

► 2,46 Millionen Menschen, die seit 1950 von außerhalb der Bundesrepublik eingewandert sind (Aussiedler, Eingebürgerte)

► 2,26 Millionen Menschen mit mindestens einem aus dem Ausland zugewanderten Elternteil.

Orientierung für selbständige Migranten

Mehr Mut zur beruflichen Selbständigkeit wird immer wieder gefordert. Doch gezielte Unterstützung gibt es nicht immer. Das gilt insbesondere für Menschen mit Migrationshintergrund. Im Rahmen der NRW-Mittelstandsoffensive „move“ haben die Herner Wirtschaftsförderungsgesellschaft und das Koordinierungsbüro für Migration und Integration daher einen Flyer für Migranten erarbeitet. In diesem werden die wichtigsten Merkposten bei Gründung eines Unternehmens kurz vorgestellt. Dazu kommen Adressen und Ansprechpartner in Ämtern und Kammern.

Doch der Flyer „ist auch für Verwaltungsmitarbeiter ein Instrument, um gezielter informieren zu können“, betont der Herner Oberbürgermeister Horst Schiereck. So ist ein Leitfaden entstanden, der auch schon auf das Interesse in anderen Kommunen stößt.

Informationen unter:
 Koordinierungsbüro für Migration und Integration
 Friedrich-Ebert-Platz 2, 44649 Herne
 E-Mail: michael.barszap@herne.de

Neue Mitglieder: LAGA NRW wächst

Bei der Hauptausschusssitzung im November 2005 in Eschweiler wurden die Ausländerbeiräte der Städte Bergheim und Schwerte nach einer Vorstellung durch die Delegierten Fatma Gürsoy und Ambikathas Sinnathurai in die LAGA NRW aufgenommen. Die LAGA NRW repräsentiert nunmehr 90 kommunale Migrantenvertretungen. Damit sind 95 Prozent aller im Land Nordrhein-Westfalen nach den Vorschriften der Gemeindeordnung gewählten Gremien Mitglied der LAGA.

Immer mehr Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund

Nach einer neuen Umfrage der Geschäftsstelle der LAGA NRW bei den Mitgliedern sind derzeit in 29 Kommunen Nordrhein-Westfalens insgesamt 53 Frauen und Männer mit Migrationshintergrund in den Stadträten tätig. Dabei erhebt dieses Ergebnis keinen Anspruch auf Vollständigkeit. So gibt es derzeit keine Übersicht über Bezirksvertreter und -vertreterinnen mit Migrationshintergrund in den kreisfreien Städten.

Bei den ermittelten Lokalpolitikern handelt es sich um 16 Frauen und 37 Männer.

Zu ihnen gehören auch die LAGA-Vorstandsmitglieder Ercan Atay, Ioannis Vatalis und Gülistan Yüksel (Stadtrat Iserlohn, Düsseldorf und Mönchengladbach).

26 von ihnen gehören der SPD an, zehn Bündnis 90/Die Grünen, neun der CDU, drei der PDS, zwei der FDP und drei weitere sind für sonstige Parteien oder Wählergruppen gewählt worden.

In Viersen, Duisburg und Köln gibt es jeweils vier Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund, in Düsseldorf und Solingen jeweils drei und in Bönen, Bochum, Burscheid, Dinslaken, Iserlohn und Velbert immerhin noch zwei.

„Das ist immer noch viel zu wenig im Verhältnis zum Bevölkerungsanteil der Migrantinnen und Migranten, doch ein Anfang ist gemacht“, stellt Tayfun Keltek fest.

Besser integriert Bosch-Stiftung lobt Förderpreis aus

Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Initiativen und Vereine, die neue Ideen zur besseren Integration von Migranten aus der Türkei haben, können diese noch bis zum 28. Februar 2006 der Robert Bosch Stiftung vorstellen.

Unter dem Titel „Besser integriert“ hat die Stiftung einen Förderwettbewerb zur Integration von Einwanderern aus der Türkei gestartet. Ziel ist es, Projekte im Entstehen finanziell zu unterstützen.

Die Aktivitäten können aus den Bereichen der Sprachförderung, der Jugend- oder Sozialarbeit, des Sports oder der Kultur stammen. Es sollen vor allem ortsgebundene und mit besonderem persönlichen Engagement gestaltete Vorhaben unterstützt werden.



Bereits laufende Initiativen werden nicht berücksichtigt. Dagegen sollen die zu förmernden Projekte so weit vorbereitet sein, dass sie spätestens im Juni 2006 gestartet werden können.

Der finanzielle Rahmen einer Maßnahme soll inklusive der Stiftungsmittel nicht mehr als 25.000 Euro betragen. Innerhalb von zwei Jahren sollen die Förderprojekte abgeschlossen sein. Die Stiftung will Einzelprojekte mit maximal 15.000 Euro bezuschussen.

Wer sich am Wettbewerb beteiligen will, muss eine schriftliche Bewerbung auf einem eigens erstellten Formular einreichen.

Weitere Informationen: Robert Bosch Stiftung GmbH, Heidehofstraße 31, 70184 Stuttgart
Ansprechpartnerin: Martina Haspel
Telefon: 0711/460 84-56 oder
E-Mail martina.haspel@bosch-stiftung.de
Internet: www.bosch-stiftung.de/foederwettbewerbintegrated

Impressum

Herausgeberin:
Landesarbeitsgemeinschaft
der kommunalen
Migrantenvertretungen
Nordrhein-Westfalen
(LAGA NRW)
Helmholtzstr. 28
40215 Düsseldorf
Telefon: 0211 / 994160
Fax: 0211 / 9941615
e-Mail: info@laga-nrw.de
www.LAGA-NRW.de

Die LAGA NRW wird mit Mitteln des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – mit Quellenangabe bei Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Die Herausgeberin behält sich vor, Leserbriefe und unaufgefordert zugesandte Beiträge zu kürzen.

Redaktion:
Ercan Atay, Filippo Giletti,
Tayfun Keltek, Ercan Öztaskein,
Franz Paszek, Siamak Pourbahri,
Engin Sakal, Enver Sen,
Susana dos Santos Herrmann
(redaktionelle Koordination)

V.i.S.d.P.: Franz Paszek,
Geschäftsführer der LAGA NRW

Herstellung:
Susana dos Santos Herrmann, Köln
Druck: Druckhaus Süd, Köln